

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßen- und Verkehrsplanung
Bearbeitet von: Herr Hinkel

Siegen, 05.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

01.09.2021

Kurzbezeichnung:

Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO NW

**hier: Antrag auf Errichtung einer Lichtsignalanlage in Höhe Freigründer Straße
vom 08.06.2021**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen bestätigt, gem. Ziff. 4 a) der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen, die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt aufgrund nachstehender Ausführungen die Anregung/Beschwerde der Anwohner der "Freigründer Straße" zurück in den Bauausschuss und Verkehrsausschuss zu verweisen.

Sachverhalt / Begründung:

Die Anregung/Beschwerde der Anwohner der "Freigründer Straße" erfüllt die Voraussetzungen des § 24 GO NW.

Die Petenten sind Anwohner der "Freigründer Straße" und regen an, an Stelle des beschlossenen Fußgängerüberwegs in Höhe des Hauses Freigründer Straße Nr. 129 die Querungshilfe als Lichtsignalanlage auszubilden.

1. Historie

Mit Beschluss des Verkehrsausschusses vom 15.05.2019 wurde die Verwaltung beauftragt in der Freigründer Straße Höhe Einmündung Wiedthalstraße die Möglichkeit eines Fußgängerüberweges zu prüfen.

Grundlage der Anregung/Beschwerde gemäß § 24 GO NW ist die Verwaltungsvorlage 102/2020 „Fußgängerüberweg Freieingränder Straße – Wiedthalstraße“ und entsprechender Anlage 1 vom 26.11.2020.

In der Vorlage 102/2020 ist zusätzlich zu dem Prüfauftrag des Verkehrsausschusses auch die Möglichkeit der Einrichtung einer Lichtsignalanlage geprüft worden. Die Empfehlung der Verwaltung war die Einrichtung eines Fußgängerüberweg. Der Bau- und der Verkehrsausschuss haben entsprechend dem Beschlussvorschlag einstimmig für den Fußgängerüberweg entschieden.

2. Anregung/Beschwerde

Die Anwohner und Anwohnerinnen baten im Nachgang zur Beschlussfassung die Fachabteilung 4/1 um einen Ortstermin. Dieser ist am 31.05.2021 wahrgenommen worden und den Anliegern und Anliegerinnen ist die Planung erklärt und Fragen beantwortet worden. Die Anregung/Beschwerde gemäß § 24 GO NW mit entsprechender Begründung seitens der Anlieger und Anliegerinnen liegt der Vorlage als Anlage 1 bei.

3. Stellungnahme des Bürgermeisters

Im Folgenden wird Bezug genommen auf die eingebrachten Anmerkungen zum Fußgängerüberweg der Anlage 1:

Zu 1.: Gemäß Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) sind Fußgängerüberwege auf Straßenabschnitten zulässig sofern maximal 50 km/h als Höchstgeschwindigkeit zugelassen sind. Dies ist in diesem Straßenabschnitt der Fall. Diese Höchstgeschwindigkeit ist gemäß R-FGÜ **hinreichend** einzuhalten. Durch den zusätzlichen Hinweis auf den FGÜ durch ein Blinklicht (siehe zu 2. und Beschlusslage), sowie den Hinweis auf verengte Fahrstreifen durch Zeichen 121 vor dem FGÜ, sieht die Fachabteilung unter Berücksichtigung unter anderem des § 1 der Straßenverkehrsordnung (StVO) die Einrichtung eines FGÜ in diesem Bereich als zulässig an. Durch diese Vorhinweise und die „Torwirkung“ des FGÜ mit ausreichenden Sichtverhältnissen bei Tempo 50 km/h wird, wie in der Vorlage beschrieben, eine Reduzierung der Geschwindigkeit erwartet.

Zu 2.: Die Sichtverhältnisse sind im Zuge der Planung geprüft worden. Die notwendigen Haltesichtweiten sind gegeben. Zusätzlich ist in beiden Ausschüssen die Beschlusslage erweitert worden, um zusätzlich frühzeitig auf den Fußgängerüberweg hinzuweisen. Das soll durch die zusätzliche Prüfung eines Blinklichtes vor der Kurve, von der Schränke kommend, erfolgen. Die Installation eines solchen Blinklichtes ist möglich.

Zu 3 bis 5.: Die im Schreiben angegebenen 9,0 m Breite ergeben sich aus der notwendigen Fahrbahnbreite für die Begegnungssituation Bus-LKW und der notwendigen Breite der Mittelinsel für den Fußverkehr und geben die Regelbreite an. Gleiches betrifft die Fahrbahnbreite von 3,25m. In der Richtlinie für die Anlagen von Stadtstraßen (RASt 06) sind ebenso Breitenvorgaben für beengte Verhältnisse vorgegeben, die bei der Planung des FGÜ berücksichtigt wurden.

Zu 6.: Ob und wie sehr die Lärmbelastung durch das „Heranschieben“ des Verkehrs an die Bebauung negativen Einfluss hat kann nur durch ein Gutachten beurteilt werden.

Zu 7.: Die An- und Abfahrtssituationen zu den anliegenden Grundstückszufahrten sind im Zuge der Planung überprüft worden. Alle heutigen An- und Abfahrtssituationen sind auch mit Mittelinsel möglich.

Auf die Anmerkungen zu der Lichtsignalanlage (LSA) wird im Detail nicht eingegangen, da weiterhin, wie in der Vorlage 102/2020 beschreiben, die Ausführung der Querungsmöglichkeit in Form einer LSA auch möglich ist.

Die Verwaltung befürwortet weiterhin den Fußgängerüberweg als Vorzugsvariante und schlägt zur erneuten Beratung die Übertragung in den Bauausschuss und Verkehrsausschuss vor.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
34.580,00 Euro		30 %	70 %	

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

--

i.V.

gez.

Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 Antrag Frau Keßler](#)
2. [Anlage 2 VL 102-2020](#)
3. [Anlage 3 Beschlussfassung](#)